

# ***Kurzprotokoll der Märzsession 2005***

## **Übersicht**

Am Montag und am Dienstag, dem 7. und dem 8. März, sowie am Montag, dem 14. März 2005, fand unter dem Vorsitz von Bernadette Schaller-Kurmann, Alberswil, eine Session des Grossen Rates statt.

Der Grosse Rat genehmigte mit Dekret einen Sonderkredit für den Bau des Autobahnzubringers Rontal, lehnte eine Volksinitiative betreffend Stipendien ab, nahm den Planungsbericht „Renaissance des Lehrberufs“ zur Kenntnis und verabschiedete nach der 2. Beratung ein Informatikgesetz. Weiter behandelte er in 1. Beratung die Gesetze über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Buchs, Dagmersellen und Uffikon sowie über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Ettiswil und Kottwil. In 1. Beratung hiess der Grosse Rat ferner Änderungen des Grossratsgesetzes, der Gerichtsorganisationsgesetze sowie des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen gut. Mit Grossratsbeschluss genehmigte er schliesslich eine Bauabrechnung.

Der Grosse Rat vereidigte einen vollamtlichen Oberrichter, nahm Erneuerungswahlen der richterlichen Behörden und Organe vor, wies fünf Sachgeschäfte ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu und behandelte 36 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 45 parlamentarischen Vorstössen. Die für 13 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 11 beschlossen und durchgeführt, für einen abgelehnt. Ein Motionär zog seine dringliche Motion zurück.

Alle traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

## **Planungsvorlagen**

**Renaissance des Lehrberufs.** Der Planungsbericht für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schule und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 23. November 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 52/53 vom 31. Dezember 2004, S. 3257) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens) und zur Kenntnis genommen. Die Aufgaben der Schule und damit auch der Lehrberuf haben sich in den letzten Jahrzehnten zusammen mit der Gesellschaft wesentlich verändert. Die Belastung der Lehrpersonen hat in den letzten Jahren zugenommen, einzelne Aspekte des Berufs, insbesondere das Ansehen des Berufs in der Öffentlichkeit, die Weiterentwicklung im Schulwesen, die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und die Besoldung, werden zunehmend als unbefriedigend erlebt. Es sind deshalb Gegenmassnahmen vorgesehen oder zum Teil schon realisiert, so zum Beispiel der Ausbau des Schulpools, die Einführung der Schulsozialarbeit, die Unterstützung der Lehrpersonen durch ergänzende Angebote der Fachstelle für Schulberatung, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, die Totalrevision des

Besoldungsrechts für die Lehrpersonen sowie zusätzliche Angebote der Aus- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer. Verschiedene der eingeleiteten Massnahmen werden im Rahmen der vorhandenen Budgets der Dienststellen abgewickelt, weitere sind im Integrierten Finanz- und Aufgabenplan eingerechnet, und wieder andere erfordern zusätzliche finanzielle Mittel.

## **Rechtsetzung**

**Volksinitiative Stipendiengesetz.** Die Botschaft über die „Kantonale Volksinitiative betreffend das Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) – Bildung für alle!“ gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 9. November 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 50 vom 11. Dezember 2004, S. 3153) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens). Die Initiative wurde vom Grossen Rat abgelehnt. Die Initiantinnen und Initianten verlangen in der Form der allgemeinen Anregung eine Änderung des Stipendiengesetzes, insbesondere die Festlegung der anerkannten Lebenshaltungskosten gemäss den SKOS-Richtlinien, einen höheren nicht anrechenbaren Anteil des steuerbaren Elterneinkommens sowie die vermehrte Ausrichtung von Stipendien anstelle von Darlehen. Der Grosse Rat lehnte die Initiative aus bildungspolitischen und aus finanziellen Gründen ab. Die Initiative unterliegt der Volksabstimmung.

**Informatikgesetz.** Der Entwurf eines Informatikgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Januar 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 13 vom 27. März 2004, S. 867) wurde in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und mit 80 gegen 18 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Informatikgesetz werden die mit dem Informatikeinsatz verbundenen Problemfelder des Datenschutzes, der Auslagerung von Informatikdienstleistungen an Dritte, der Informatikorganisation, der Informatiksicherheit sowie der Zulässigkeit von Techniken, mit denen sich aus nicht besonders schützenswerten Personendaten besonders schützenswerte Persönlichkeitsprofile herstellen lassen, in einer zeitgemässen Rechtsgrundlage geregelt. Ferner wird das Verwaltungshandeln vereinfacht sowie die Grundlage für einen rationellen, sicheren und effizienten Informatikeinsatz geschaffen. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 12. März 2005, S. 563) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 11. Mai 2005.

**Bauabrechnung Kantonsstrasse K 64, Aesch–Schongau.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über die Änderung der Kantonsstrasse K 64, Aesch–Schongau, Abschnitt Schulhaus–Kreuzung Niederschongau (exkl.), Gemeinden Aesch und Schongau, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. Dezember 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 3 vom 22. Januar 2005, S. 146) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Josef Fischer, Triengen) und gutgeheissen. Die Arbeiten wurden mit Kosten von 5 670 581 Franken abgeschlossen; der Kostenvoranschlag wurde um 1 429 419 Franken unterschritten.

**Vereinigung Einwohnergemeinden Buchs, Dagmersellen und Uffikon.** Der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Buchs, Dagmersellen und Uffikon gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Januar 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2005, S. 276) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Die Gemeinden Buchs, Dagmersellen und Uffikon haben am 28. November 2004 in getrennten Urnenabstimmungen den Vertrag über die Vereinigung der Gemeinden genehmigt und damit der Vereinigung der Einwohnergemeinden zugestimmt. Gemäss Staatsverfassung steht die Vereinigung bestehender Einwohnergemeinden dem Grossen Rat zu. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Vereinigung Einwohnergemeinden Ettiswil und Kottwil.** Der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Ettiswil und Kottwil gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Januar 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2005, S. 276) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Die Gemeinden Ettiswil und Kottwil haben am 28. November 2004 in getrennten Urnenabstimmungen den Vertrag über die Vereinigung der Gemeinden genehmigt und damit der Vereinigung der Einwohnergemeinden zugestimmt. Gemäss Staatsverfassung steht die Vereinigung bestehender Einwohnergemeinden dem Grossen Rat zu. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Änderung Grossratsgesetz.** Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Grossen Rates (Grossratsgesetz) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 9. November 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 50 vom 11. Dezember 2004, S. 3150) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat im Jahr 2003 den Auftrag erteilt, die gesetzlichen Grundlagen für eine bessere Beteiligung des Parlaments bei der Ausarbeitung von Konkordaten zu schaffen. Mit der Gesetzesänderung verpflichtet sich der Regierungsrat, das Parlament regelmässig über die Belange der interkantonalen Zusammenarbeit zu informieren und ihm vor wichtigen Entscheidungen die Gelegenheit zur Meinungsäusserung zu geben. Die Informations- und Konsultationsrechte sollen von der zuständigen Fachkommission des Grossen Rates ausgeübt werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Einführung Modell „Leistungsorientierte Gerichte“.** Die Entwürfe von Änderungen der Gerichtsorganisationsgesetze und weiterer Erlasse zur Einführung des Modells „Leistungsorientierte Gerichte“ (LOG) im Kanton Luzern sowie die Entwürfe von

Grossratsbeschlüssen über die Genehmigung von Änderungen der Geschäftsordnungen für das Obergericht und das Verwaltungsgericht des Kantons Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. Dezember 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 3 vom 22. Januar 2005, S. 146) wurden behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und die Änderungen der Erlasse in 1. Beratung gutgeheissen. Das Modell LOG basiert auf dem in der Verwaltung auf den 1. Januar 2006 definitiv einzuführenden Modell WOV („Wirkungsorientierte Verwaltung“). Das Prinzip der Gewaltenteilung, der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit sowie die Besonderheiten der Justiz verlangen allerdings verschiedene Anpassungen. Das LOG-Modell ermöglicht eine flexiblere und mit mehr Eigenverantwortung ausgestattete Gerichtsverwaltung, wobei aber der Grosse Rat unverändert die in der Staatsverfassung verankerte Oberaufsicht über den Geschäftsgang in der Rechtspflege behält. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen.** Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 23. November 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 52/53 vom 31. Dezember 2004, S. 3259) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und gutgeheissen. Im Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen sollen die Bestimmungen zu den Vergabekriterien neu gefasst werden. Bei der Vergabe eines Auftrags soll neu auch die Lehrlingsausbildung als massgebendes Kriterium herangezogen und gewichtet werden. Dadurch sollen die Anstrengungen von Betrieben in der Lehrlingsausbildung stärker honoriert werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

## Finanzvorlagen

**Autobahnzubringer Rontal.** Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Bau des Autobahnzubringers Rontal (Kantonsstrasse K 65b) in den Gemeinden Buchrain, Dierikon und Ebikon gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Januar 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2005, S. 276) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Josef Fischer, Triengen) und mit 86 gegen 13 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Projekt „Zubringer Rontal“ werden, in Kombination mit dem Nationalstrassenprojekt „A 14-Anschluss Buchrain“, das vom Bundesrat vor kurzem genehmigt wurde, die für die Nutzung der Entwicklungsreserven im Rontal erforderlichen Verkehrskapazitäten geschaffen. Der Zubringer entlastet zudem die bestehenden Autobahnanschlüsse Emmen Süd und Gisikon-Root sowie das parallel zur A 14 verlaufende Kantonsstrassennetz und den Seetalplatz. Der zweispurige Autobahnzubringer im Gegenverkehr umfasst den Bau einer 1419 Meter langen Hauptverkehrsstrasse, wovon

1030 Meter in einem Tunnel und über eine gedeckte Brücke verlaufen. Mit dem Dekret wurde ein Kredit in der Höhe von 100 Millionen Franken bewilligt. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 12. März 2005, S. 562) unterliegt der Volksabstimmung.

## **Wahlen**

### **Erneuerungswahlen der richterlichen Behörden und Organe**

Für die Amtsdauer 2005–2009 wurden gewählt:

#### **Obergericht**

zu vollamtlichen Oberrichterinnen und -richtern:

- Boesch Kurt, Sursee, FDP
- Glanzmann-Tarnutzer Lucrezia, Kriens, FDP
- Maier Victor, Kriens, CVP
- Roelli Bruno, Luzern, SP
- Scherer Urs, Schüpfheim, CVP
- Wiegandt Marius, Hellbühl, SVP
- Wolfisberg Eva, Luzern, GB
- Zihlmann-Kurmann Rita, Willisau, CVP
- Isenschmid Rudolf, Malters, CVP (neu)

zu hauptamtlichen Oberrichterinnen:

- Heer-Hensler Marianne, St. Niklausen, FDP
- Wüest-Schwegler Renata, Grosswangen, FDP

zum Präsidenten für den Rest des Jahres 2005 und für 2006: Boesch Kurt, Sursee, FDP

zum Vizepräsidenten für den Rest des Jahres 2005 und für 2006: Isenschmid Rudolf, Malters, CVP

zu Ersatzmitgliedern:

- Aepli Viktor, Adligenswil, CVP
- Germann Peter, Kriens, FDP
- Heimgartner Edith, Luzern, GB
- Matter-Bucher Susanne, Sempach, FDP
- Meuli-Lehni Roswitha, Meggen, CVP
- Peyer-Egli Franziska, Luzern, CVP
- Suter-Wick Susanne, Luzern, CVP
- Mattmann Stefan, Luzern, CVP (neu)
- Schwitter Vroni, Luzern, SP (neu)
- Ulrich Roger Dominik, Adligenswil, SVP (neu)

## **Verwaltungsgericht**

zu vollamtlichen Verwaltungsrichterinnen und -richtern:

- Baer-Derungs Turtè, Meggen, FDP
- Eiholzer Heiner, Luzern, CVP
- Fleischli Hans, Buchrain, FDP
- Korner Andreas, Luzern, CVP
- Sigrist Hans-Rudolf, Kastanienbaum, FDP
- Widmer Fritz, Luzern, SP
- Wüest Edi, Rothenburg, CVP
- Zosso Anita, Luzern, CVP

zu hauptamtlichen Verwaltungsrichterinnen und -richtern:

- Emmenegger Eberli Claudia, Horw, CVP
- Isaak-Dreyfus Liliane, Kriens, FDP
- Stadelmann Thomas, Kastanienbaum, CVP
- Wiprächtiger Roland, Luzern, GB
- Wirthlin Martin, Meggen, SP

zur Präsidentin für den Rest des Jahres 2005 und für 2006: Baer-Derungs Turtè, Meggen, FDP

zum Vizepräsidenten und zur Vizepräsidentin für den Rest des Jahres 2005 und für 2006:

- Korner Andreas, Luzern, CVP
- Zosso Anita, Luzern, CVP

zu Ersatzrichterinnen und -richtern:

- Frischkopf Beat, Sursee, CVP
- Karrer Serge, Hitzkirch, CVP
- Manetsch Beat, Emmenbrücke, FDP
- Schürch Felix, Willisau, FDP
- Tobler Pierre, Luzern, SP
- Gsponer Daniel, Luzern, CVP (neu)

zu nebenamtlichen Fachrichterinnen und -richtern:

- Aeschbacher Peter, Sursee, FDP
- Aregger Hans, Luzern, SVP
- Baumeler Benno, Willisau, CVP
- Bucher Artur, Luzern, SP
- Ineichen Elisabeth, Luzern, CVP
- Knüsel Hans, Ruswil, CVP
- Kronenberg Joseph, Horw, CVP
- Meier-Keller Marlis, Neuenkirch, FDP
- Müller Georges, Hergiswil b.W., SP
- Peyer Roby, Willisau, FDP

- Pfister Alfred, Weggis, GB
- Piazza Bruno, Horw, CVP
- Portmann Peter, Horw, FDP
- Renggli Pius, Rothenburg, CVP
- Schwaller Bruno, Sursee, GB
- Spirig Peter J., Rothenburg, SVP
- Steiner Walter, Rain, CVP
- Stirnimann Josef, Ruswil, CVP
- Wicki Hans-Peter, Luzern, CVP
- Zraggen Paul, Kriens, SVP
- Bolfig Daniel, Buttisholz, FDP (neu)
- Gurtner Peter, Sursee, SVP (neu)

### **Schätzungskommission**

zum Präsidenten: Steiger Dieter, Luzern, CVP

zum Vizepräsidenten: Habermacher Sepp, Luzern, GB

zu Mitgliedern:

- Diener-Muff Josef, Kulmerau, SVP
- Heggli Peter, Ebikon, CVP
- Kurmann Theo, Sursee, FDP
- Peterhans Bernhard, Buttisholz, CVP
- Scherrer Alois, Zell, CVP
- Testorelli Renzo, Luzern, SP
- Zimmermann Hans, Sempach, FDP

zu Ersatzmitgliedern:

- Aregger Hubert, Wolhusen-Markt, CVP
- Hengartner Hans Urs, Reussbühl, CVP
- Mainetti Robert, Rain, FDP
- Schmid Anton, Schüpfheim, FDP
- von Segesser Philipp, Luzern, CVP
- Wermelinger Josef, Hitzkirch, FDP
- Thalmann Philipp, Flühli, SVP (neu)

### **Kriminalgericht**

zu Mitgliedern:

- Braun Kesselring Alexandra, Luzern, FDP
- Hess Urs, Luzern, CVP
- Lang Kaspar, Luzern, FDP

- Tanner Ivo, Wolhusen, CVP
- Holdermann Bernard, Luzern, SVP (neu)

zum Präsidenten: Holdermann Bernard, Luzern, SVP

zu Ersatzmitgliedern:

- Weber Peter Brigitte, St. Niklausen, CVP
- Weibel Manser Nicole, Luzern, FDP
- Willi Thomas, Emmenbrücke, CVP
- Wirthlin Martin, Meggen, SP

Das fünfte Ersatzmitglied wird in der Maisession gewählt.

### **Arbeitsgericht**

zum Präsidenten: Greber Jules, Kriens, CVP

zum Vizepräsidenten: Stooss Hans-Ulrich, Luzern, FDP

### **Rücktritte**

**Grosser Rat.** Der seit der Flutkatastrophe in Südostasien vom vergangenen Dezember vermisste Grossrat und Fraktionspräsident der SVP, Martin Müller, Meggen, wurde auf Antrag seiner Angehörigen aus dem Grossen Rat entlassen.

**Staatsanwaltschaft.** Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Staatsanwalt Willy Käch, Kriens, auf Ende April 2005.

### **Motionen**

**Erheblich erklärt** wurden die Motionen

- M 328 von Peter Schilliger, Udligenswil, über die Aufhebung der Abhängigkeit einer Finanzstärke der Gemeinde bei der Kostenzuteilung im Gesetz über den öffentlichen Verkehr,
- M 297 von Sepp Furrer, Malters, über die Annäherung der Steuerbelastung an den Durchschnitt der Schweizer Kantone,
- M 389 von Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über eine lineare Steuersenkung um eine Zehnteleinheit Einheit auf den 1. Januar 2006 (dringliche Behandlung),
- M 390 von Guido Graf namens der CVP-Fraktion über die Verwendung der Mittel aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes (dringliche Behandlung).

**Abgelehnt** wurden die Motionen

- M 319 von Walter Studer, Luzern, über die Änderung des Verfahrensrechtes bei Begnadigungsgesuchen,
- M 394 von Gaby Müller namens der GB-Fraktion über einen den veränderten Verhältnissen angepassten IFAP (dringliche Behandlung).

**Zurückgezogen** wurden die Motionen

- M 258 von Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über eine Steuerstrategie für den Kanton Luzern,
- M 383 von Anton Kunz, Grosswangen, über die Senkung der Steuereinheiten um eine Zwanzigsteinheit ab 2006 (dringlich eingereicht).

**Postulate****Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- P 335 von Christian Forster, Büron, über die Chancenverbesserung für Kleinfirmen und Neuunternehmen bei Einladungsverfahren im Beschaffungswesen,
- P 356 von Sibylle Lehmann, Luzern, über klare Regeln für neue kleine Einkaufszentren, Fachmärkte und andere publikumsintensive Anlagen,
- P 363 von Karl M. Ronner, Triengen, über Raser,
- von Felicitas Zopfi, Luzern, über die Schaffung eines Rahmengesetzes betreffend ausserfamiliäre Kinderbetreuung (als Motion M 138 eingereicht),
- P 252 von Rolf Hermetschweiler, Luzern, über mehr Anreize zur Selbsthilfe statt Sanktionen,
- P 333 von Patrick Meier, Root, über Beurteilen und Fördern in der Volksschule,
- P 362 von Leo Fuchs, Kriens, über die Verwendung des Kantonsanteils aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank (dringliche Behandlung),
- P 387 von Alois Hodel, Egolzwil, über Praktikumsangebote nach erfolgreichem Lehrabschluss (dringliche Behandlung),
- P 391 von Trix Dettling, über die Bundesgelder aus dem Innovationszehntel für Berufsbildungsprojekte (dringliche Behandlung).

**Teilweise erheblich erklärt** wurden die Postulate

- P 323 von Urs Thumm, Emmen, über die Umsetzung einer kohärenten Familienpolitik,
- P 392 von Louis Schelbert, Luzern, über Sofortmassnahmen gegen die Lehrstellenkrise bei Schulabgängerinnen und Schulabgängern (dringliche Behandlung),
- P 393 von Louis Schelbert, Luzern, über Sofortmassnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit von jungen Berufsleuten (dringliche Behandlung).

**Abgelehnt** wurden die Postulate

- P 139 von Felicitas Zopfi, Luzern, über einen Kinderbetreuungsindex als Faktor im Standortwettbewerb unter den Gemeinden,

- P 331 von Patrick Graf, Kriens, über die Förderung einer regionalen Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen,
- P 358 von Fredy Zwimpfer, Oberkirch, über die Einführung der Benotung an den Primarschulen,
- P 369 von Giorgio Pardini, Luzern, über die Verwendung des anteilmässigen Reingewinns für den Kanton Luzern aus dem Goldverkauf der Schweizerischen Nationalbank (dringliche Behandlung).

## **Interpellationen und Anfragen**

**Schriftlich beantwortet** wurden die Interpellationen und Anfragen

- A 310 von Leo Müller, Ruswil, über die Einführung „Leistungsorientierte Gerichte“,
- I 515 von Paula Giger, Luzern, über die Oberaufsicht bei Projekten und Unternehmen mit gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften,
- A 347 von Johann Lötscher, Emmen, über die Auswirkung des freien Personenverkehrs auf die Verwaltung des Kantons Luzern,
- A 229 von Christoph Portmann, Luzern, über die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie im Kanton Luzern,
- A 249 von Michael Egli, Beromünster, über marktwirtschaftliche Erneuerung im Kanton Luzern,
- A 282 von Vreni Grüter, Luzern, über die Effizienz der Luzerner Wirtschaftsförderung,
- A 321 von Trix Dettling, Buchrain, über das Einhalten der Vergabekriterien im öffentlichen Beschaffungswesen,
- A 360 von Patricia Schaller, Sursee, über die Durchführung von Deutschtests im Rahmen von Einbürgerungsverfahren in den Gemeinden,
- A 88 von Beat Ineichen, Neudorf, über die Bildung und Beratung in der Landwirtschaft,
- A 349 von Rolf Hermetschweiler, Luzern, über die Ausbildung von Imamen an der Universität Luzern,
- A 384 von Karl M. Ronner, Triengen, über den Lehrstellenmangel (dringliche Behandlung),
- A 395 von Patrick Graf, Kriens, über Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Stelle (dringliche Behandlung).